

Beschluss des Landrats vom 02.09.2021

Nr. 1038

77. Horizon Europe / weltweite universitäre Forschungszusammenarbeit 2021/535; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, dass laut § 39 Abs. 2 des Landratsgesetzes der Regierungsrat zum Resolutionsbegehren Stellung nehmen kann.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) führt aus, dass das an die Regierung herangetragene Anliegen richtig und wichtig sei. Als Trägerkanton der Universität Basel möchte man die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die Institution erwirken. Dazu gehört auch, dass Forscherinnen und Forscher der Universität Basel der Zugang zu internationalen Projektgeldern und Forschungsnetzwerken ermöglicht wird. Internationalität, Offenheit und Vernetzung sind für Forschung und Wissenschaft zentral. Auch der Zugang zu europäischen Forschungs Kooperation ist für die gesamte Region wie auch die Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Der Kanton Baselland setzt sich seit langem stark für die beiden europäischen Bildungsprogramme «Horizon Europe» und «Erasmus» ein. Man hatte bereits im Rahmen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz ein Schreiben an den Bundesrat versendet, in dem die Wichtigkeit der beiden Programme nachdrücklich betont wird, mit Unterschriften der Kantone Bern, Zürich, Solothurn, Jura, Aargau und der beiden Basel. Unter anderem sei folgendes betont: Es gibt keine nationale Alternative zu Horizon Europe, die die Chancen der multilateralen Zusammenarbeit in einem europäischen Projekt ersetzen könnte. Der Status des nichtassoziierten Drittstaats bedeutet für die Universität Basel Folgendes: Bei den «Grants for European Research Council» (ERC-Grants) handelt es sich um prestigeträchtige Auszeichnungen für exzellente Forschung. Die Beteiligung am ERC ist hochrelevant für die Rekrutierung und Bindung von Talenten. Die Universität Basel weist mit 50 ERC-Grants nach den ETH Zürich und Lausanne die höchste Anzahl der ERC-Professuren auf. Einzelne Verbundprojekte im Rahmen der «Research and Innovation Actions» bedeuten, dass für die Universität Basel insbesondere der Ausschluss aus den Quantenphysik-Projekten und für die Fachhochschule Nordwestschweiz aus den Disziplinen Cybersicherheit und Raumfahrt problematisch wäre. In diesen Bereichen wird hier Spitzenforschung auf Weltniveau betrieben, wobei die Gefahr besteht, den Anschluss zu verlieren.

Zum Vergleich: Die Universität Basel konnte unter Horizon Europe im letzten Jahr Kooperationen mit 1'037 Organisationen aus 42 Ländern eingehen. Die internationale Vernetzung der Forschungsinstitutionen ist für die Konkurrenzfähigkeit der hiesigen Hochschulen also von enormem Nutzen.

Finanzielle Eckwerte der Forschungs- und Innovationsprogramme: Das Budget des Rahmenprogramms Horizon Europe beträgt beachtliche 95,5 Mrd. Euro. Die Schweizer Hochschulen haben im aktuellen Rahmenprogramm 2,4 Mrd. Euro eingeworben. Alleine die Universität Basel konnte davon Fördergelder in der Höhe von fast 90 Mio. Euro einwerben. Mittlerweile machen auch andere Institutionen Druck auf den Bundesrat, u.a. Swiss University, der Dachverband der Schweizer Hochschulen. Er fordert, dass die Schweiz rasch wieder an Horizon Europe angeschlossen wird. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation stellte mittlerweile verschiedene Übergangslösungen und Massnahmen in Aussicht. Allerdings kann nichts die Teilnahme an Horizon Europe wirklich ersetzen. Deshalb ist es sehr zu unterstützen, dass der Landrat die Forderungen an den Bundesrat gezielt platzieren möchte – sei es mit einer Resolution oder einer Standesinitiative.

Peter Riebli (SVP) dankt herzlich für die wohlwollende Aufnahme der Resolution, die von allen Fraktionen unterschrieben wurde. Es wurde von Regierungsrätin Monica Gschwind ausführlich betont, wie wichtig Horizon Europe für die Schweizer Universitäten sei. Er verzichtet deshalb auf eine Wiederholung und setzt stattdessen andere Schwerpunkte, die nicht weniger wichtig sind. Dass die EU aus machtpolitischen verhandlungstechnischen Erwägungen ausgerechnet die Schweizer Universitäten benachteiligt, ist doch etwas erstaunlich. Denn sie schadet sich damit nur selber. Die europäischen Top-Universitäten sind nun einmal nicht innerhalb der EU gelegen, sondern in der UK und – eben – in der Schweiz. Mit der vorliegenden Resolution wird der Bundesrat aufgefordert aufzuzeigen, wie eine Vollasoziiierung in Zukunft wieder möglich wäre, die die EU Ländern wie Israel, Marokko, Türkei etc. zugesteht, ohne dass diese Länder eine entsprechende Ablasszahlung zu tätigen oder ein Rahmenabkommen abzuschliessen hätten. Der Ausschluss der Schweiz ist also eine rein politische Zwängerei. Die Schweiz kann selbstsicher auftreten und braucht nicht als Bittsteller nach Brüssel zu gehen. Im Sinne der gutnachbarschaftlichen Beziehung ist eine Forschungszusammenarbeit mit der EU mehr als zu begrüssen. Sie ist, wie Monica Gschwind eindrücklich aufgezeigt hatte, auch für Schweizer Universitäten extrem wichtig. Aber auch die EU profitiert von der Forschungszusammenarbeit.

Andererseits wird mit dieser Resolution der Bundesrat aufgefordert, aufzuzeigen, wie die Zusammenarbeit mit den Top-Universitäten weltweit auf- und ausgebaut werden kann. Der Redner ist sich bewusst, dass ein Universitätsranking immer etwas heikel und keine extrem exakte Wissenschaft ist. Das QS World University Ranking darf jedoch als renommierteste Rangliste der Universitäten bezeichnet werden. Gemäss dieser befindet sich mit der Technischen Universität München die beste EU-Universität auf Platz 50. Zum Vergleich: Die ETH Zürich befindet sich auf Platz 6, die EPFL Lausanne auf Platz 14. Die Unis in den USA belegen die ersten 4 Plätze, Singapur die Plätze 11 und 13, die restlichen Universitäten unter den ersten 14 Plätzen befinden sich in England. Für die Schweizer Universitäten und den Forschungsstandort Schweiz ist es extrem wichtig, dass man sich nicht nur in Europa, sondern weltweit an den besten Universitäten orientiert und mit ihnen die Zusammenarbeit sucht, sich auch nach aussen ausrichtet und nicht nur nach innen. Die Resolution soll also aufzeigen, wie wichtig für den Kanton und die ganze Schweiz eine weltweite Forschungszusammenarbeit für den Standort ist, Europa inklusive. Deshalb sei das Parlament eindringlich gebeten, der Resolution einstimmig zuzustimmen und ein starkes Zeichen nach Bern zu senden.

Auch für **Roman Brunner** (SP) und seine Fraktion ist es ein erklärtes Ziel, die Vollasoziiierung für Horizon Europe zu erhalten. Das Anliegen ist allgemein unbestritten. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb sowohl Resolution als auch Motion, die eine Standesinitiative fordert, um die Benachteiligung der Schweizer Universitäten im internationalen Wettbewerb aufzuheben. Wenn man nun sagt, es sei schade, dass Wissenschaft und Forschung zum europapolitischen Spielball werden, ist Peter Riebli Recht zu geben. Man macht es sich aber zu einfach, wenn man den Schwarzen Peter nur der EU zuschiebt, handelt es sich doch um eine Entwicklung, die sich nicht nur einseitig abgezeichnet hat. Deshalb ist es umso wichtiger, die Wissenschaft und die Forschung wieder ins Zentrum zu rücken und zu versuchen, für die Schweizer Universitäten dieselben Bedingungen auszuhandeln, um am Programm wieder vollasoziiert teilnehmen zu können.

Sven Inäbnit (FDP) sagt, dass auch die FDP-Fraktion einstimmig hinter der Resolution stehe. Peter Riebli hat zurecht sein Bedauern geäussert, dass die fehlende Vollasoziiierung eigentlich nur dem politischen Geplänkel zu schulden sei. Würde man nämlich die Forscherinnen und Forscher innerhalb der EU fragen, würde das anders tönen.

Es soll aber betont werden, dass es nicht alleine um die Unis der Schweiz geht, sondern generell um den Industrie- und Forschungsstandort. Die Kooperationen der Industrie mit den Universitäten laufen teilweise auch über diese Programme oder sind damit assoziiert. Deshalb ist es auch

selbstverständlich aus Sicht der forschenden Industrie extrem wichtig, dass die Schweiz wieder vollassoziertes Mitglied werden kann und entsprechend eingebunden ist. Insofern unterstützt die FDP-Fraktion nicht nur die Resolution, sondern auch die Motion für die Standesinitiative. Ganz wichtig ist, dass aus der Region Nordwestschweiz mit ihrem Life Science-Cluster ein geschlossenes Signal gesendet wird. Das kommt in Bern gut an und erhält dank dem Rückenwind aus Nordwest eine gute Wirkung.

Für **Béatrix von Sury d'Aspremont** (CVP) ist sehr erfreulich, dass offenbar unbestritten und einmütig alle erdenklichen Hebel in Form einer Resolution oder Standesinitiative betätigt werden, damit die komplette Einbindung der Schweiz in Horizon Europe stattfinden kann. Es ist aber auch ein ganz wichtiges Zeichen an Ständerätin Maya Graf als Mitglied der zuständigen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur in Bern, ebenso an Christoph Eymann, Nationalrat Basel-Stadt. Die beiden sind für jede Unterstützung aus ihren Kantonen dankbar. Es sei zu erwähnen, dass im Grossen Rat Basel-Stadt mehr oder minder derselbe Vorstoss als dringlich eingereicht wurde. Den hiesigen Universitäten und Hochschulen, den Forschenden, Studierenden und Mitarbeitenden muss ganz klar signalisiert werden, dass man die Situation nicht einfach so hinnimmt geschweige denn hinnehmen kann. Deshalb ist es nötig, nun ein Zeichen zu setzen und ihnen den Rücken zu stärken, unabhängig der politischen Couleur. Denn neben der Verantwortung für die Hochschulen hat die Politik angesichts des Life Sciences-Clusters auch eine Verantwortung für das wirtschaftliche Umfeld, von dem die beiden Basel und andere Gebiete der Schweiz abhängen. Ein «brain drain», wie es neudeutsch heisst, muss unbedingt verhindert werden, denn die Forschenden in der Schweiz müssen im europäischen Raum uneingeschränkt mitwirken können. Aber auch umgekehrt gilt es, für die europäischen Forschenden weiterhin attraktiv zu sein. Und das geht natürlich nur, wenn man die Exzellenzen (die Grants) beibehalten kann. Deshalb sind alle Landratsmitglieder eindringlich gebeten, der Resolution und der Überweisung der Motion zuzustimmen.

Mirjam Würth (SP) ist froh, auch von der FDP gehört zu haben, dass sie die Motion wirklich unterstützen möchte. Das ist eine der Dinge, die in den Kantonen Baselland und Basel-Stadt noch gelernt werden müssen: Wenn man mit unterschiedlichen Instrumenten etwas Ähnliches möchte oder anzuregen versucht, und man es nicht fertigbringt, eine gleichlautende Botschaft nach Bern zu schicken, wird man dort einfach nur ausgelacht. Andere Kantone sind grösser (und Basel-Stadt verliert demnächst einen Nationalratsplatz) und können mehr bewegen. Die Nordwestschweiz ist wirklich darauf angewiesen, dass die gleichen Botschaften mit denselben Instrumenten versendet werden. Dann wird man gehört.

Die Rednerin unterstützt die Resolution, die ziemlich unverbindlich ist, und legt grossen Wert darauf, dass die Motion vom Parlament einstimmig unterstützt wird.

Karl-Heinz Zeller (Grüne) verdeutlicht, dass Bildung eines der zentralen Elemente der Schweiz ist, manche sagen auch: *der Rohstoff*. Neben guten obligatorischen Schulen ist die Uni ganz wichtig. Und ebenso, dass die Bildungspolitik nicht zum Spielball wird. Der Redner ist deshalb froh zu hören, dass alle Fraktionen wie auch die Grüne/EVP-Fraktion zustimmen. Es ist ihm auch wichtig, dass sowohl Resolution als auch Motion unterstützt werden, denn die Motion ist effektiver, verbindlicher und hat einen klaren Auftrag, der deutlich wahrgenommen wird.

Es ist wichtig hervorzuheben, dass die Universität, nebst dem Forschungsschwerpunkt und dank der Vernetzung zur Life Sciences, auch ein wichtiger Arbeitgeber in der Region ist. Letztendlich sind das die Leute, die auch im Baselbiet wohnen – und man kann froh sein kann, dass sie das tun.

Regina Werthmüller (parteilos) weist darauf hin, dass die Resolution nicht bis zu ihr gelangt sei. Es sollte allen bekannt sein, dass sie sich für Bildung einsetzt. Die Rednerin bittet deshalb alle, sie

als vollwertiges Mitglied dieses Parlaments anzuerkennen. Alle Fraktionen sind dabei, sie selber jedoch ist parteilos und keiner Fraktion angehörig. Es ist an den Fraktionen, sie über Resolutionen zu informieren und nicht aussen vor zu lassen. Das Anliegen, die Bildung auf nationaler und internationaler Ebene zu fördern, würde sie nämlich gerne unterstützen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) ist sehr dankbar für die einhellige Unterstützung von Resolution und Motion. Es sei trotzdem darauf hingewiesen, dass es nicht alleine um die Universitäten geht. Vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, die Forschungszusammenarbeiten mit ausländischen Hochschulen haben, die jedoch typischerweise der Schweiz geographisch eher näher als ferner liegen (z. B. Deutschland oder Dänemark), ist es extrem schwierig, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern und diese Programme sterben. Leider Gottes hat das konkrete und sofortige Auswirkungen für die hiesigen KMU, die unter dieser Situation am meisten leiden. Sie haben wenig Möglichkeiten, mit England, USA oder Singapur zu kooperieren. Entsprechend ist für den Redner die Vogelstrausspolitik des Bundesrats und das Hände-in-den-Schoss-legen schwer verdaulich. Der Bundesrat ist in dieser Angelegenheit klar zu kritisieren: Er nimmt seine Führungsrolle nicht wahr. Warum tut er das nicht? Weil er das Gefühl hat, er würde vom Parlament in Bern im Stich gelassen. Deshalb seien alle kantonalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, vor allem jene der Bundesratsparteien, gebeten, auch intern darauf hinzuwirken, die sehr unbefriedigende und direkt nachteilige Situation zu bereinigen. Es ist dringlich.

Für **Ursula Wyss Thanei** (SP) ist es etwas schwierig, Resolution und Motion zu trennen, denn sie ergänzen sich und sind sich inhaltlich sehr ähnlich. Wie Peter Riebli gesagt hatte, fordert die Resolution den Bundesrat auf, während die Standesinitiative das Parlament verpflichtet, das Anliegen zu behandeln. Es ist deshalb sehr wichtig, dass nicht nur der Resolution, sondern auch der Motion zugestimmt wird, weil sich beide Instrumente ergänzen und sich gegenseitig potenzieren.

://: Der Landrat stimmt der Resolution mit 84:0 Stimmen zu; die Resolution ist somit zustande gekommen.
